

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

20. Jahrgang 1972

3. Heft / Juli

JULIAN CAMPBELL DOHERTY

DIE DOMINIONS UND DIE BRITISCHE AUSSENPOLITIK VON MÜNCHEN BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1939

I

Dieses Thema ist zum Teil schon behandelt worden. Die wichtigsten Studien darüber stammen von Nicholas Mansergh und D. C. Watt¹. Der Beitrag des letzteren ist deshalb besonders interessant, weil er mit Erfolg versucht hat, die Haltung der Commonwealth-Länder auf allgemeine Faktoren zurückzuführen, die für die britische Politik im ganzen bedeutsam waren. Indes stützen sich die Untersuchungen auf relativ spärliche Quellen wie Presseberichte, Parlamentsprotokolle und gelegentliche Biographien oder Memoiren. Auch zwang der Mangel an Material Watt offensichtlich, seine interessanten Ausführungen bei der Münchener Konferenz abzubrechen. Aus den verfügbaren Unterlagen konnte man nur vage ersehen, in welchem Ausmaß die Regierungen der Dominions die Politik Londons zu beeinflussen suchten. Inwieweit sie dabei erfolgreich waren, kann viel besser gezeigt werden, seitdem die Akten des Foreign Office und des Kabinetts freigegeben sind. Aufgabe dieses Aufsatzes soll daher sein, das Problem der Haltung der Commonwealth-Regierungen gegenüber dem Mutterland unter Zugrundelegung des neuen Materials und im wesentlichen für die Zeit nach München zu beleuchten.

Schon vor 1938 wurde klar, daß die Dominions gegen eine Verwicklung Großbritanniens in die Streitigkeiten zwischen den Achsenmächten und ihren Nachbarn waren und daß sie sich auf Grund des hochgeachteten Prinzips der Selbstbestimmung der Eingliederung deutscher Völker in das Reich nicht widersetzen. Als sich nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 die britische Regierung zu einer Stellungnahme zu der schwebenden Krise zwischen Prag und Berlin gezwungen sah, kam Malcolm MacDonald, der Staatssekretär für die Dominions und Kolonien, zu dem deprimierenden Schluß: „On this issue the British Commonwealth might well break to pieces.“ Australien, Neuseeland und *Eire* könnten den Briten folgen, „but South Africa and Canada would see no reason whatever why they should join in a

¹ Siehe N. Mansergh, *Survey of British Commonwealth Affairs; Problems of External Policy 1931–1939*, London/New York/Toronto 1952; D. C. Watt, *Der Einfluß der Dominions auf die britische Außenpolitik vor München 1938*, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 64–74; ders., *The Influence of the Commonwealth on British Foreign Policy, The Case of the Munich Crisis*, in: D. C. Watt, *Personalities and Policies*, London 1965, S. 159–174.

war to prevent certain Germans from rejoining their fatherland“². Wie lange selbst international orientierte Politiker der Dominions brauchen würden, um sich mit dem Gedanken einer nochmaligen Teilnahme an einem europäischen Krieg vertraut zu machen, zeigen die Worte von General Smuts, stellvertretendem Premierminister Südafrikas und eifrigem Anhänger des Völkerbundes: „As regards the Dominions they will fight for Great Britain if attacked, they will not fight in the battles of Central or South Eastern Europe. I even have my doubts whether they will fight again for France and Belgium. . . . I do not see what else there is for them to do after all the mistakes and ‚lâchetés‘ of the past.“³

Die Briten selbst waren zu Abenteuern wegen der Tschechoslowakei wenig geneigt. Während der ganzen Krise verfolgten sie eine Politik „to try and restore ‚the guessing situation‘ by making it more uncertain in Hitler’s mind that we would *not* intervene whilst making France rather more certain that we would stand by her“⁴. Wie groß die Sorge in den Dominions war, daß Frankreich als Verbündeter Prags über die politische Linie Londons hinausgehen würde, kam zum Ausdruck, als die südafrikanische Regierung London Ende April 1938 telegraphisch ihre Bedenken gegen die Haltung Daladiers mitteilte, die in der Sicht von Pretoria „was disappointing and disturbing and if persisted in must spell disaster to Europe“⁵. Mit dem Hochkommissar Südafrikas, Te Water, an der Spitze intervenierten die Hochkommissare der Dominions deshalb während der Septemberkrise mit wachsender Intensität, um London zu der Annahme von Hitlers Forderungen zu bewegen. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise, kurz vor der Münchener Konferenz, faßte MacDonald seinen Eindruck dem Kabinett gegenüber dahin zusammen: „All the Dominions would sooner or later come in with us, but it was clear that they would come in only half-heartedly and with mental reservations about our policy.“⁶

II

Die Begeisterung, mit der die Commonwealth-Regierungen – mit Ausnahme von Neuseeland – das Münchener Abkommen begrüßten, beruhte denn auch vor allem darauf, daß sie ihre Bevölkerungen, die geteilter Meinung waren, nicht mit der Frage zu konfrontieren brauchten, ob sie in den Krieg eintreten sollten oder nicht. Die Besorgnis des kanadischen Premierministers, Mackenzie King, trat in seinem Kommentar vom 1. Oktober zutage: „The probability of having to meet Parliament

² Proceedings of Cabinet Committee on Foreign Policy (56) 26, 18. 3. 38 (hiernach: GFP), Public Record Office London.

³ 28. 3. 38, zit. in: W. K. Hancock, Smuts, The Fields of Force 1919–1950, Cambridge 1968, S. 284.

⁴ The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940, hrsg. von John Harvey, London 1970, S. 122 (19. 3. 38).

⁵ Conclusions of Meetings of the Cabinet (hiernach: CAB) 23 (38), 11. 5. 38, Public Record Office London.

⁶ 27. 9. 38, CAB 46 (38). Vgl. auch Harvey Diaries, S. 200 (27. 9. 38).

with Europe at war, was a nightmare. However, we had everything in readiness, and I believe I would have found it possible to keep the Cabinet united though heaven alone knows to what discussions, in and out of Parliament, the whole business might have led."⁷

Während der Krise war die britische Regierung sehr darum bemüht gewesen, mit den Dominions Verbindung zu halten. MacDonald blieb daher in ständigem Kontakt mit den Hochkommissaren. Er hatte auch vereinbart, daß Chamberlain ihnen die Ergebnisse der Konferenz von München sofort telefonisch durchgeben würde⁸. Solches Entgegenkommen bedeutete indessen nicht, daß die britische Regierung ihren Rat wünschte. Beispielsweise nahmen die Dominions die britisch-französische Entscheidung vom 19. September über eine Garantie der ČSR an, obwohl sie nicht vorher konsultiert worden waren⁹. Im übrigen war ihnen klargemacht worden, daß jeder britische Entschluß, Frankreich beizustehen, wenig von den Zweifeln der Dominions beeinflußt sein würde¹⁰. In Anbetracht ihrer schwierigen Situation waren die Dominions bereit, sich mit dieser Lösung abzufinden.

Auch nach München ging London selten über seine Verpflichtung hinaus, die Dominions über die bestehenden Absichten zu informieren. Obwohl Halifax in einem Überblick über die britische Außenpolitik die Notwendigkeit unterstrich, sich die Freundschaft der Dominions zu erhalten¹¹, war doch unverkennbar, daß seine Regierung eigene Wege gehen würde. Daß Commonwealth-Angelegenheiten nicht vorrangig waren, geht auch aus der Neuverteilung der Regierungsämter im Januar 1939 hervor. Das Ministerium für die Kolonien und Dominions wurde aufgeteilt, wobei Malcolm MacDonald den schwierigen Kolonialbereich mit dem Palästina-Problem behielt, während Sir Thomas Inskip, der frühere Minister für die Koordination der Verteidigung, mit den Angelegenheiten der Dominions betraut wurde. In seinen unveröffentlichten Tagebüchern macht Inskip aus seiner Enttäuschung über diese Zurücksetzung kein Hehl¹².

Viele Commonwealth-Sprecher stellten jedoch nach München mit Befriedigung fest, daß Chamberlain bei seinen Bemühungen, eine deutsch-britische Regelung zu finden, durchaus in ihrem Sinne handelte. Mackenzie King und General Hertzog, der Premierminister Südafrikas, zeigten sich damals noch optimistischer als der britische Regierungschef. Hertzog wagte die Behauptung, die Beilegung der Sudetenkrise habe Europa den Frieden für die nächsten 50 Jahre gesichert¹³. Selbst der nüchtern denkende Smuts war bis Ende 1938 überzeugt, daß ein Krieg vermieden

⁷ King-MacDonald, 1. 10. 38: zit. in James Eayrs, *In Defence of Canada*, Bd. 2, Toronto 1965, S. 72.

⁸ Malcolm MacDonald, *People and Places*, London 1969, S. 144/5.

⁹ Siehe FO C 10938/5302/18, Public Record Office London.

¹⁰ Siehe FO C 10023/1941/18, Aufz. über Treffen mit den Hochkommissaren am 12. 9. 38, Public Record Office London.

¹¹ CFP (36) 33, 21. 11. 38.

¹² Inskip Diaries, Churchill College, Cambridge, Jan. 1939.

¹³ Mansergh, a. a. O., S. 259.

werden könne¹⁴, obwohl der immer heftigere Ton der Naziführer und die Kristallnacht im November die Briten pessimistischer werden ließen und auch Chamberlain in seinen Reden einen schärferen Ton anschlug. Im Dezember schrieb Mackenzie King an den Hochkommissar in London, Massey, daß die Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen „is no reason, however, why effort should be abandoned to work out a ‚modus vivendi‘ and gain the time which can be used for more permanent stabilization when the dervishes of nationalism and ideology have lost their appeal“¹⁵.

Infolge ihrer Sympathie für die Appeasementpolitik beschränkten sich die Dominions im allgemeinen darauf, ihre Billigung zum Ausdruck zu bringen, wenn London das wünschte. Als eine Kontroverse über die Inkraftsetzung des britisch-italienischen Osterabkommens vom April 1938 entstand, verließ sich Chamberlain, um für seinen Schritt im Parlament Unterstützung zu erhalten, auf die Billigung der Dominions. Er erreichte diese allerdings nur teilweise. Während Hertzog (Südafrika) und Lyons (Australien) ihre uneingeschränkte Zustimmung gaben, letzterer sogar die Bedeutung des Friedens im Mittelmeerraum hervorhob, mußte Chamberlain auf eine Anfrage hin eingestehen, daß die Regierungen Neuseelands und auch Kanadas jegliche Stellungnahme vermieden hatten¹⁶.

Der deutlichste Versuch, die Appeasementpolitik voranzutreiben, kam von den Südafrikanern, als ihr Verteidigungsminister Oswald Pirow Europa besuchte. Wegen der weitverbreiteten antibritischen Einstellung in der Union war Pretoria an der Beilegung der britisch-deutschen Differenzen besonders interessiert¹⁷. Pirow, der deutscher Abstammung war, wurde der Hauptinitiator dieser Bemühungen. Unter anderem stellte er sich die ehrgeizige Aufgabe, Englands Beifall zu finden für die Konsolidierung des Einflusses, den sein Land südlich der Sahara zu erreichen hoffte, sowie für den Beitrag, den es zur Entspannung zwischen den Diktatoren und den demokratischen Mächten leisten wollte. Während ein Zweck seiner Europareise darin bestand, die Emigration deutscher Juden nach Ländern des Weltreichs durch ein internationales Darlehen zu erleichtern, betrieb er zugleich eine eventuelle Regelung der Kolonialfrage durch Abtretungen an Deutschland. Sehr fraglich war jedoch, welche Gebiete dabei in Betracht kommen und inwieweit seine Pläne in der Union und in den europäischen Hauptstädten unterstützt werden würden¹⁸.

Pirow mußte bald einsehen, daß er die europäische Lage und die Einstellung

¹⁴ Hancock, a. a. O., S. 308/9.

¹⁵ 3. 12. 38, zit. in Vincent Massey, *What's Past is Prologue*, New York 1964, S. 272. Zur britischen Politik nach München siehe Julian Campbell Doherty, *Das Ende des Appeasement, Die britische Außenpolitik, die Achsenmächte und Osteuropa nach dem Münchner Abkommen*, Diss. Tübingen 1970. Die Arbeit wird 1973 in der Reihe „Studien zur europäischen Geschichte“ (Colloquium-Verlag, Berlin) erscheinen.

¹⁶ Siehe Neville Chamberlain, *The Struggle for Peace*, London 1939, S. 356.

¹⁷ Siehe D. C. Watt, *South African Attempts to mediate between Britain and Germany 1935–1938*, in: *Studies in International History*, hrsg. von K. Bourne/D. C. Watt, London 1967, S. 402/422.

¹⁸ Ebenda, S. 415/419.

Londons falsch eingeschätzt hatte. Ursprünglich waren die Neuverteilung und Internationalisierung der afrikanischen Kolonien unter Mitwirkung Deutschlands von Chamberlain als Stufen einer internationalen Gesamtregelung in Aussicht genommen, in deren Rahmen zugleich abgerüstet werden würde¹⁹. Nachdem jedoch Hitler kein Interesse an einem solchen Plan gezeigt hatte, sah Chamberlain ein, daß die Frage auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse²⁰. War das aber möglich, ohne den deutsch-englischen Antagonismus zu verschärfen?

Der heftige Ton Hitlers während der Sudetenkrise machte klar, daß die Kolonialfrage ein heikleres Problem als je darstellte. Zwar hatte ein jüngeres Regierungsmitglied den Versuch unternommen, die Vorstellungen Chamberlains über eine Neuverteilung nach dem Mandatsprinzip wieder zu beleben²¹, doch kam es weder im Kabinett noch im Foreign Policy Committee zu einer Diskussion darüber. Sir Alec Cadogan, der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, bezweifelte sogar, daß die Rückgabe der Kolonien „practical politics“ sei. Er glaubte im Gegenteil: „We shall have to say ‚No‘ to German demands at one point, and I am not sure that we should not choose our ground best on the colonial issue.“²²

Da Pläne für eine deutsch-englische Übereinkunft zu diesem Zeitpunkt nur ganz allgemeiner Natur sein konnten, betrachtete London die Reise Pirows von Anfang an mit Besorgnis, zumal Pressegerüchte entstanden, wonach eines seiner Ziele die Wiederaufnahme der Kolonialfrage sei. Angebliche Äußerungen Pirows in diesem Sinne trugen nicht gerade dazu bei, das Londoner Unbehagen zu vermindern²³ und selbst ein von Smuts bestätigter Bericht²⁴, wonach Pirow nicht ermächtigt war, die Kolonialfrage zu erörtern, konnte die britischen Regierungskreise nicht beruhigen²⁵. Hertzog und Pirow wurde daher mitgeteilt, daß die Kolonialfrage in letzter Zeit nicht diskutiert worden sei und daß man Bitten um öffentliche Stellungnahme abgelehnt habe, „it being felt that any such statements would either excite apprehensions which might be groundless or might prejudice (the) possibility of future discussions with Germany for a general settlement“. Pirow sollte deshalb so wenig wie möglich über seine Europareise sagen²⁶. Er versprach daraufhin in etwas zweideutiger Weise, vor seiner Rückkehr, „when he would no doubt have something to say“²⁷, keine öffentliche Erklärung abzugeben.

Aus Bemerkungen Hertzogs war zu entnehmen, daß die Regierung in Pretoria noch keine bestimmte Lösung parat hatte. Smuts, der den Absichten Berlins zweifellos argwöhnischer begegnete als Hertzog oder Pirow, erwog eine finanzielle

¹⁹ Siehe CFP (36) 22, 23, 24. 1., 3. 2. 38.

²⁰ Siehe Parliamentary Debates, House of Commons, Fifth Series, 1937/38, Bd. 333, Sp. 411.

²¹ Earl de la Warr, 27. 10. 38, FO C 13450/184/18.

²² 17. 11. 38, ebenda.

²³ Vgl. Brit. Hochkommissar/Pretoria – Col. Office (hiernach: C. O.), 14. 10. 38, FO C 12550/184/18.

²⁴ Hochkommissar (hiernach HC)/Pretoria – C. O., 20. 10. 38, FO C 12908/184/18.

²⁵ Siehe ebenda.

²⁶ Col. Office – HC/Pretoria, 18. 10. 38, FO C 12652/184/18.

²⁷ HC/Pretoria – C. O., 19. 10. 38, FO C 12717/184/18.

Entschädigung Deutschlands für Tanganjika und Südwest-Afrika. Obwohl er bestritt, daß Pirow Vollmacht habe, die Kolonialfrage anzuschneiden, hoffte er doch, daß die britische Regierung das Problem von sich aus zur Sprache bringen würde²⁸.

Aber nicht nur die Briten hielten dies für unangebracht. Die Regierungen von Lissabon und Brüssel fürchteten, selber dabei die größeren Opfer bringen zu müssen²⁹. Besonders heftig war die Reaktion in Australien, wo der Außenminister Hughes Neu-Guinea von einem Kolonialhandel ausschloß³⁰. Im Januar 1939 machte denn auch der Hochkommissar in Canberra darauf aufmerksam, daß das australische Volk entschieden gegen eine Abtretung von Teilen der ostindischen Inseln an Japan und Deutschland sei³¹. Die gleiche Reaktion zeigte sich in Tanganjika³².

Die deutlichsten Einwände aber kamen aus Paris: in Anbetracht seiner Expansion in Mitteleuropa sei eine Regelung des Kolonialproblems zugunsten Deutschlands seine realistische Politik mehr – so erklärte der Generalsekretär des Außenministeriums³³.

Von London wurde daher die Reise Pirows hauptsächlich als eine Gelegenheit betrachtet, herauszufinden, welche Politik Südafrika gegenüber Deutschland wirklich betrieb. Sir Orme Sargent, Unterstaatssekretär im Foreign Office, kommentierte ironisch, daß die Kolonialfrage „would force General Hertzog to explain how he proposes to harmonise his policy of reconciliation with Germany with his refusal to hand back German South West Africa and with the veto he has placed on His Majesty's Government handing back Tanganyika“³⁴.

Angesichts dieser skeptischen Haltung Londons konnte Pirow denn auch keine wichtigen Ergebnisse heimbringen. Bei seinen Unterredungen mit MacDonald wurden zwei Punkte beleuchtet. Der erste betraf Südafrikas Rolle in Afrika, für die Pirow hoffte, vermehrte Waffenlieferungen von England zu erhalten. Er meinte, „that the time would come, it might be in a year or two, it might not be for a generation, when the Union would be responsible for the peace of all Southern Africa, even up to and including the Belgian Congo“. Im übrigen werde sein Land „substantial financial sacrifices“ bringen; Tanganjika aber könne Deutschland wegen der Gefahr einer Bombardierung Pretorias und des Witwatersrand *nicht* erhalten³⁵.

Wie unvereinbar die britischen und südafrikanischen Ansichten waren, wurde am deutlichsten, als Pirow vorschlug, Deutschland „some fairly compact stretch of territory“ an der westafrikanischen Küste zu geben. Er erwähnte Kamerun und Togo, für die Frankreich anderswo eine Entschädigung erhalten solle. Die Haupt-

²⁸ HC/Pretoria – C. O., 20. 10. 38, FO C 12908/184/18.

²⁹ Siehe Clive – Halifax, 4. 11. 38, FO C 13480/184/18; auch Watt, *South African Attempts*, S. 418.

³⁰ Sydney Morning Herald, 10. 10. 38, FO C 13211/184/18.

³¹ HC/Canberra – MacDonald, 31. 1. 39, FO T 1500/436/384.

³² Gouverneur/Tang. – MacDonald, 20. 10. 38, FO C 12980/184/18.

³³ Phipps – Halifax, 28. 10. 38, FO C 13165/184/18.

³⁴ 22. 10. 38, FO C 13657/184/18.

³⁵ Aufz. des Duke of Devonshire, 3. 11. 38, FO C 13625/184/18.

schwierigkeit aber war offensichtlich Südafrikas Widerstreben, eigene Opfer zu bringen. Als MacDonald nämlich vorschlug, einen Teil des ehemaligen Deutsch-Südwestafrika an Portugal abzutreten, wies Pirow diesen Gedanken mit dem Hinweis zurück, daß die Portugiesen Deutschland nicht aus diesem Gebiet heraushalten könnten³⁶. Die Furcht Südafrikas im Falle einer Rückgabe Tanganjikas zeigte, in welchem Grade das Verhalten Deutschlands in der Sudentenkrise die Illusionen über die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz mit dem Reich zerstört hatte. So gab der südafrikanische Oberkommandierende, Van Ryneveld, seiner Sorge vor einem deutschen Vordringen in Südwestafrika offen Ausdruck und plädierte: „... any German claim for (the) return of colonies must be resisted“³⁷.

Ein solcher Appell, der in direktem Widerspruch zu den Ansichten Pirows stand, ließ die Briten diesen nur noch weniger ernst nehmen. Seine Stellungnahme zum deutschen Problem quittierte das Foreign Office denn auch mit dem Kommentar: „... the Union Government is living in a fool's paradise if it imagines that German colonial claims can be permanently satisfied without German South West Africa or Tanganyika“³⁸. Großes Interesse hingegen fand in London die Äußerung Pirows „that in practice the Union and Great Britain would be in together in the event of war“³⁹.

Was die Kolonialfrage betraf, so blieb Chamberlain dabei, daß sie nur als Teil einer allgemeinen Regelung diskutiert werden könne. „Such a settlement was clearly impossible in present circumstances, and it followed that there could be no question of a return of colonies to Germany.“⁴⁰ Halifax legte dem Südafrikaner daher nahe, bei seinem Berlinbesuch in bezug auf die Kolonialfrage äußerst vorsichtig zu sein⁴¹. MacDonald seinerseits benachrichtigte die Regierungen der Dominions, daß eine Rückgabe von Kolonien nicht in Frage komme⁴². Als Pirow sich schließlich mit Hitler und Ribbentrop traf, hatte er die unklare Vorstellung, daß Chamberlain bereit sei, Deutschland im Osten freie Hand zu lassen, wenn Hitler sich in der Judenfrage versöhnlicher zeige⁴³. Es liegen jetzt jedoch Dokumente vor, die klar beweisen, daß er diesbezüglichen Bemerkungen des britischen Premierministers mehr Bedeutung beimaß, als sie verdienten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die britische Regierung niemals daran dachte, Hitler „freie Hand“ zur Lösung der europäischen Probleme zu gewähren⁴⁴.

Während Pirow dem Appeasement in London neuen Auftrieb geben zu sollen glaubte, sah die kanadische Öffentlichkeit die britische Politik in einem ganz anderen

³⁶ Aufz. von MacDonald, 7. 11. 38, FO C 15874/184/18.

³⁷ Aufz. von E. J. Hankinson, 8. 11. 38, ebenda.

³⁸ Aufz. von F. K. Roberts, 18. 11. 38, ebenda.

³⁹ Aufz. vom 10. 11. 38, FO C 13625/184/18. Siehe auch FO C 13624/184/18.

⁴⁰ 16. 11. 38, CAB 55 (38).

⁴¹ Ebenda.

⁴² Siehe Parl. Debates (Commons), Fifth Series 1938/39, Bd. 342, Sp. 1239; FO C 13915/184/18, C 15370/184/18, C 13959/184/18.

⁴³ Siehe Oswald Pirow, James Barry Munnik Hertzog, London 1958, S. 255.

⁴⁴ Siehe CFP (36) 51. Auch Doherty, a. a. O., S. 111 ff.; F. S. Northedge, The Troubled Giant: Britain among the Great Powers 1916–1939, London 1966, S. 541 f.

Licht. Obwohl sich das Foreign Office von Auffassungen und Urteilen der Commonwealth-Regierungen nur ungern beeinflussen ließ, wurde es doch zunehmend besorgt über die schlechte Meinung, die Kanada von der britischen Regierung hatte. Man hielt diese nämlich für „sympathetic to Fascism and indifferent to the defence of Democracy“⁴⁵. Da Anthony Eden Ende 1938 bei einem Besuch in den USA auf eine ähnliche Beurteilung stieß, war man britischerseits erst recht bemüht, eine solche Meinung zu widerlegen⁴⁶. London fühlte sich daher im Januar 1939 verpflichtet, vage Gerüchte über einen Plan Hitlers mitzuteilen, wonach dieser den Westen angreifen und Holland zu seinem ersten Opfer machen werde. Inskip, der neue Minister für die Dominions, glaubte zwar keineswegs an die Richtigkeit dieser Meldungen, trat aber gleichwohl für Maßnahmen zum Schutze Hollands ein: denn britische Inaktivität in dem angenommenen Falle mußte nach seiner Meinung das Commonwealth überzeugen, „that our sun had set“⁴⁷. Umgekehrt führte die Aktivität Londons zu einem vorübergehenden Alarm in den Hauptstädten der Dominions. So hatte die Befürchtung, daß ein deutscher Vorstoß in der Kolonialfrage bevorstehe, in Canberra eine Erklärung zur Folge, daß der Erwerb der ostindischen Inseln durch Japan oder Deutschland als „a danger of the first magnitude“ angesehen werde⁴⁸. Vincent Massey betonte in einem Schreiben an Mackenzie King die Unberechenbarkeit Hitlers und die dringende Notwendigkeit, daß die Demokratien stark wären. Wie viele andere in diesen Tagen kam er zu dem Schluß, daß ein Krieg im Frühjahr unausweichlich sei⁴⁹.

In diesem Sinne äußerte sich auch der kanadische Premierminister. Am 16. Januar tat er den ungewöhnlichen Schritt, einen Ausspruch Sir Wilfred Lauriers zu wiederholen, den dieser 1910 im Hinblick auf die mögliche Teilnahme Kanadas an einem Krieg gemacht hatte:

„If England is at war we are at war and liable to attack. I do not say we will always be attacked; neither do I say that we would take part in all the wars of England. That is a matter that must be guided by circumstances, upon which the Canadian Parliament will have to pronounce and will have to decide in its own judgement.“⁵⁰

Diese Stimmung ging indes schnell vorüber. Innerhalb weniger Tage kam man in Kanada zu der Überzeugung, daß die britischen Befürchtungen vor einem bevorstehenden deutschen Schlag unbegründet seien. Der britische Hochkommissar war nun geradezu beunruhigt, daß die Kanadier sich überhaupt keine Sorgen über die Zukunft machen würden und daß Mackenzie King die Vorsichtsmaßnahmen zur Verteidigung einstellen werde, die er doch hatte vorantreiben wollen⁵¹.

Bezeichnenderweise trat dieser Stimmungsumschwung noch vor Chamberlains Solidaritätserklärung mit Frankreich vom 6. Februar 1939 ein und vor der Überein-

⁴⁵ Hankinson an Harvey, 19. 1. 39, FO P 1499/1499/150.

⁴⁶ Siehe Harvey Diaries, 17. 12. 38, S. 229.

⁴⁷ CFP (36) 56, 26. 1. 39. Vgl. auch Inskip Diaries, 25. 1. 39.

⁴⁸ HC/Canberra – MacDonald, 21. 1. 39, FO T 1500/436/384.

⁴⁹ 26. 1. 39, Massey, a. a. O., S. 274.

⁵⁰ Zit. in Mansergh, a. a. O., S. 134.

⁵¹ HC/Ottawa – Dominions Office (hiernach: D. O.), 1. 2. 39, FO T 1620/436/384.

kunft mit Paris, jedem Angriff auf Holland oder die Schweiz gemeinsam Widerstand zu leisten⁵². Während nämlich bei der britischen Regierung, wie in der Mai-Krise von 1938, die Meinung vorherrschte, ihre entschlossene Haltung habe eine neue Krise verhütet⁵³, wuchs bei Massey und Mackenzie King die Überzeugung, daß die Urteilsfähigkeit der Engländer und namentlich auch die Motive des Foreign Office kein Vertrauen verdienten, was in ihren Augen fast so gefährlich war wie die Unberechenbarkeit des „Führers“. Durch ein Gespräch mit Inskip und Halifax Mitte Februar wurde Massey in seiner Meinung bestärkt, daß „the war-mongering types of mind in the F. O. and elsewhere are playing a dangerous game, however honest their motives may be“⁵⁴. Seiner Auffassung nach bestand die größte Gefahr darin, daß die Diktatoren die feste Haltung der Westmächte als eine weitere Rechtfertigung für einen Angriff im Interesse ihrer eigenen Sicherheit ansehen könnten⁵⁵.

III

Die Besetzung Böhmens und Mährens und die Degradierung der Slowakei zu einem deutschen Satellitenstaat hätten eigentlich genügen sollen, um diese Ansichten zu widerlegen. Obwohl Hitler den eklatanten Beweis geliefert hatte, daß seine Politik mit dem Selbstbestimmungsrecht wenig zu tun hatte, zögerten die Commonwealth-Regierungen dennoch, auf die neue Situation deutlich zu reagieren. Da Chamberlain seinen eigenen Abscheu über die Vergewaltigung des mitteleuropäischen Staates nicht sofort zum Ausdruck brachte, kann es nicht überraschen, daß die Sprecher der Dominions den deutschen Schritt erst verurteilten, nachdem der britische Premierminister am 17. März in Birmingham die Frage stellte: „Is this a step in the direction of an attempt to dominate the world by force?“⁵⁶

Trotz der allgemeinen Erschütterung über Hitlers Vorgehen zeigten die Aussagen der Commonwealth-Staatsmänner, daß sie nicht wußten, inwieweit sie ihre Entschlossenheit, England im Kriegsfall beizustehen, klar zum Ausdruck bringen sollten. Bei Neuseeland und Australien gab es keinen Zweifel darüber, daß sie an ihren Solidaritätserklärungen gegenüber dem Mutterland festhalten mußten⁵⁷. Aber selbst hier bestand zwischen den Erklärungen des australischen Premierministers Lyons und des Außenministers Hughes ein Unterschied. Der erstere versprach, nachdem er mit Chamberlain telefoniert hatte, England zwar die unein-

⁵² Parl. Debates (Commons), Fifth Series, Bd. 545, Sp. 623; Documents on British Foreign Policy, 3rd. Series, Bd. IV, Dok. 98, S. 101/2.

⁵³ Halifax-Lindsay, 27. 2. 39, Documents on British Foreign Policy, 3. Serie, Bd. IV, 156, S. 159/161.

⁵⁴ Tagebuch 17. 2. 39, Massey, S. 275.

⁵⁵ Tagebuch 9. 2. 39, ebenda, S. 275. In Neuseeland wurde eine Krise auch für unwahrscheinlich gehalten: HC/Wellington - D. O., 9. 2. 39, FO T 2299/436/384.

⁵⁶ Zit. in Times, 18. 3. 39.

⁵⁷ Siehe Mansergh, a. a. O., S. 200f.

geschränkte Unterstützung Australiens, betonte indes am 18. März, „that while the situation was grave, there was no need for panic“. Hughes hingegen verhehlte seinen Pessimismus nicht und äußerte am gleichen Tag, daß die Demokratien sofort ihre Bereitschaft erklären sollten, den Diktatoren Widerstand zu leisten. Er bezog sich auch auf die japanische Expansion, als er fortfuhr: „The fate of every small state forced the democracies nearer the abyss. Sooner or later they would be compelled to face the aggressor or be hurled into the depths of national oblivion.“⁵⁸

In Südafrika machte sich der Stimmungsumschwung in dem einstimmigen Lob der englischsprachigen Presse für Chamberlains letzte Rede bemerkbar. Selbst die Blätter der Afrikaner sahen davon ab, die neugewonnene Entschlossenheit des britischen Premierministers zu verurteilen. Von Te Water gewann Inskip den Eindruck, daß Südafrika England unterstützen würde und daß die antideutsche Einstellung in der Union durch den vergeblichen Versuch von 150 Deutschen, am Kap zu landen⁵⁹, noch verschärft worden sei. Andererseits plädierte die Presse der Nationalisten für eine neutrale Haltung⁶⁰. Von Hertzog selbst kam keine klare Verurteilung des Überfalls auf die ČSR, sondern nur die übliche vieldeutige Erklärung, daß sein Land sich einem deutschen Angriff entgegenstellen würde, wenn seine eigenen Interessen gefährdet seien. Wann dies der Fall wäre, wurde nicht gesagt⁶¹.

Die Reaktion in Kanada war nicht weniger zweideutig. Während Dr. Manion, der Führer der Opposition, Hitler als „mad with the lust of conquest and aiming at world domination“ verurteilte und ebenso wie Hughes in Australien den Zusammenschluß aller Staaten gegen Hitler verlangte⁶², fand der britische Hochkommissar in Ottawa den Ministerpräsidenten Mackenzie King „in a state of uncertainty unusual even for him“⁶³. Mit seiner Forderung nach „individual sacrifice and national preparation“ wollte J. L. Ilsley, ein Mitglied von Mackenzie Kings Kabinett, den Premier offensichtlich zu einer eindeutigen Erklärung zwingen. Zur gleichen Zeit verabschiedete das Parlament von Ontario einen einstimmigen Beschluß, der Solidarität und Mobilmachung des Commonwealth forderte⁶⁴.

In der Sicht der Französischkanadier schlossen jedoch die Aussagen Mackenzie Kings bereits eine zu große Verpflichtung ein⁶⁵. Das Ergebnis dieser Kritik und wahrscheinlich auch des Zögerns von Chamberlain, Ottawa zu konsultieren, war, daß der kanadische Premierminister am 30. März eine Rede hielt, in der er die inneren Probleme Kanadas hervorhob. Damit schien er zu dem alten Standpunkt zurückzukehren, man könne nicht erwarten, daß sein Land automatisch an Englands Kriegen teilnehme:

⁵⁸ Zit. in Times, 20. 3. 39.

⁵⁹ CAB 12 (39), 18. 3. 39.

⁶⁰ Times, 21. 3. 39.

⁶¹ Mansergh, a. a. O., S. 265.

⁶² Times, 22. 3. 39.

⁶³ HC/Ottawa – D. O., 28. 3. 39, FO C 6106/151/18.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Eayrs, a. a. O., S. 74.

„The idea that every twenty years this country should automatically and as a matter of course, take part in a war overseas for democracy or self-determination of other small nations, that a country which has all it can do to run itself should feel called upon to save, periodically a continent that cannot run itself ... seems to many a nightmare and sheer madness.“⁶⁶

Diese Haltung konnte in London kaum überraschen, da Massey bereits darauf hingewiesen hatte, daß Kanada britischen Allianzbestrebungen skeptisch gegenüberstehe. Obwohl dieser, wie alle Hochkommissare, der Rede Chamberlains in Birmingham zugestimmt hatte, fühlte er sich doch verpflichtet, Inskip darauf hinzuweisen, daß seine Landsleute fragen könnten, warum England z. B. für Rumänien kämpfen wolle (das als Hitlers nächstes Ziel angesehen wurde), obwohl Rumänien nichts für die ČSR getan habe⁶⁷.

Offensichtlich hielt nicht nur die Spaltung in der öffentlichen Meinung Mackenzie King davon ab, sich für Widerstand gegen Hitler auszusprechen. Er blieb selber ein entschiedener Anhänger des Appeasement. Während Chamberlains Versuche, eine Front gegen einen Angriff zu errichten, innerhalb wie außerhalb seiner eigenen Regierung skeptisch beurteilt wurden, schien Mackenzie King sogar zu befürchten, daß der britische Premierminister nun eine Vergeltungspolitik verfolge, die das Commonwealth in einen unnötigen Konflikt verwickeln würde. Kurz nach Chamberlains Rede in Birmingham warnte überdies O. D. Skelton, der Leiter des kanadischen Außenministeriums, den Ministerpräsidenten davor, den Briten einen Blankoscheck zu geben:

„He [Chamberlain] is self-confident to the point of arrogance, intolerant of criticism, and at the moment sore because he thinks in the eyes of the world Hitler made a fool of him ... He is also a Chamberlain, born and bred in a Tory imperialist school, and cannot imagine that any part of the British Empire has any choice but to halt when he says halt and march when he says march.“⁶⁸

Es wäre schwer, ein beredteres Zeugnis dafür zu finden, wie eifersüchtig Kanada seine Unabhängigkeit zu wahren wünschte. In den folgenden Monaten war nicht nur Mackenzie King, sondern waren auch die anderen Commonwealth-Führer eifrig bestrebt, die britische Regierung davon abzuhalten, die Appeasementpolitik einer Bündnispolitik gegen Aggression schlechthin zu opfern. Durch ihre – wenngleich nur mit halbem Herzen gegebenen – Beistandserklärungen fühlten sie sich berechtigt, die britische Politik aufmerksam und kritisch zu verfolgen. In Birmingham hatte Chamberlain die Dominions erwähnt, und es ist möglich, daß dies in Canberra, Ottawa und sonstwo für einen ersten Schritt zur näheren Konsultation von seiten Englands gehalten wurde⁶⁹. Solche Hoffnungen erwiesen sich indes als illusorisch. Inskip's Hinweis, daß die Dominions „were now beginning to think in terms of specific consultation“, wurde von Chamberlain mit der Bemerkung abge-

⁶⁶ Zit. ebenda.

⁶⁷ CAB 12 (59), 18. 5. 39.

⁶⁸ Skelton an King, 20. 5. 39, zit. in Eayrs, S. 73.

⁶⁹ Siehe Chamberlain, *Struggle for Peace*, S. 419, Chamberlain sagte: „We ourselves will naturally turn first to our partners in the British Commonwealth of Nations and to France ...“

tan, daß die flüchtige Erwähnung der Dominions in Birmingham „had not been intended to be a prelude to some new form of consultation“⁷⁰. Er überließ Inskip denn auch, herauszufinden, was Mackenzie King im Sinne habe⁷¹.

Während die britische Regierung sich anschickte, in Osteuropa eine Front aufzubauen, war zu erkennen, daß sie sich von den Befürchtungen der Dominions nicht beeinflussen lassen wollte. Als am 30. März die Frage einer Garantie für Polen vor das Kabinett kam, hatte Lyons Halifax telefonisch die Unterstützung Australiens in einem Krieg zugesagt, aber auch darauf hingewiesen, daß die Briten seiner Meinung nach „appeared to be taking on commitments in regard to certain rather weak countries“. Laut Halifax schien Lyons keine allzu hohe Meinung von der Sowjetunion zu haben, mit der London jetzt Kontakte aufgenommen hatte⁷². Die Mißbilligung der britischen Schritte von seiten Kanadas war in London bereits bekannt⁷³. Unter Hinweis auf den Ernst der Lage legte Halifax jedoch die Vorbehalte des australischen Premierministers mit der Bemerkung von sich, „that we might at any time find ourselves faced with a threat of war and that, if such a threat was made, the best plan was probably to meet it at once“⁷⁴.

Zur gleichen Zeit zeigte sich Chamberlain von einer Botschaft Mackenzie Kings, in der dieser seine Verstimmung andeutete und engere Beratungen forderte, unbeeindruckt. King „drew a distinction between a communication sent to a Dominion Prime Minister for purposes of consultation, in which he was specifically asked for his consent to a line of action, and a communication sent to him for his information, which merely gave him an opportunity for objecting if he so desired“. Chamberlain betonte demgegenüber jedoch, daß die Benachrichtigungen Ottawas über die Polen gewährte Garantie lediglich informieren, aber nicht auf eine Konsultation hinauslaufen sollten. Auch den Rat des Lord Chancellors Maugham, die britische und französische Zusammenarbeit möge stärker herausgestellt werden, um die Überraschung in Kanada zu vermindern, befolgten Halifax und Chamberlain nicht⁷⁵.

Obwohl die Commonwealth-Sprecher nicht öffentlich Kritik übten, löste die Garantie für Polen zweifellos Beunruhigung aus. Masseys Erklärung, daß Chamberlain diese historische Entscheidung habe treffen müssen, weil die Öffentlichkeit es verlangte, fand wenig Verständnis⁷⁶. Smuts, der seit Januar immer wieder auf die Gefahr einer internationalen Krise hingewiesen hatte, befürchtete, daß Chamberlain die Dominions in eine neue und ähnlich peinliche Lage bringen würde wie Lloyd George bei der Chanak-Affäre 1922. „Chamberlain's Polish Guarantee has simply made us gasp – from the Commonwealth point of view. I cannot see the Dominions following Great Britain in this sort of imperial policy the dangers of

⁷⁰ CAB 14 (39), 22. 3. 39.

⁷¹ Ebenda.

⁷² CAB 16 (39).

⁷³ HC/Ottawa – D. O., 24. 3. 39, Cabinet Paper (hiernach/GP) 123 (39).

⁷⁴ CAB 16 (39).

⁷⁵ CAB 17 (39), 31. 3. 39.

⁷⁶ Massey an Mackenzie King, 31. 3. 39, Massey, a. a. O., S. 275.

which to the Commonwealth are obvious“, sagte er kurz darauf⁷⁷. Es war also nicht so, daß die Verstimmung der Dominions nur daher stammte, daß sie über eine Politik nicht konsultiert worden waren, die sie sonst gebilligt hätten⁷⁸.

Die Eigenmächtigkeit der britischen Regierung hielt die Staatsmänner der Dominions in den folgenden Monaten jedoch nicht davon ab, ihre Solidarität mit dem Mutterland zu bekunden. Die Erklärung des neuen australischen Premierministers Robert Menzies vom 26. April 1939, daß „the British countries of the World must stand or fall together“⁷⁹, war eindeutig. Anfang Mai äußerte sein Außenminister Sir Henry Gullett, es bestehe gegenwärtig vollständiges Einvernehmen zwischen der britischen Regierung und seiner eigenen. Auch Smuts sah sich trotz der bedenklichen innenpolitischen Lage in Südafrika veranlaßt, die Abhängigkeit seines Landes von England zu unterstreichen⁸⁰.

Je offener man aber London seine Unterstützung zusagte, desto mehr nahm man das Recht für sich in Anspruch, die britische Regierung zurückzuhalten. Aus den Aufzeichnungen über die Begegnungen zwischen den Hochkommissaren und den Mitgliedern der Londoner Regierung geht klar hervor, daß jene befürchteten, 1. daß Chamberlain gezwungen würde, seine Appeasementbemühungen der Bildung einer Front gegen Deutschland zu opfern; 2. daß Hitler dazu herausgefordert würde, den Staatenring zu durchbrechen, der ihm Schranken setzen sollte.

Nachdem die Garantie für Polen erklärt war, verloren die Vertreter der Dominions mit Te Water und Massey an der Spitze keine Zeit, der britischen Regierung ihre Besorgnisse darzulegen. Würde, so führte Te Water am 6. April aus, die deutsche Propaganda die britische Politik nicht als ein Einkreisungsmanöver darstellen? Die Hochkommissare Südafrikas und Kanadas ihrerseits verlangten Schritte, die die deutsche öffentliche Meinung beeindrucken könnten. Te Water machte den bereits mit Chamberlain besprochenen Vorschlag, „that a practical step would be to offer Germany a non-aggression agreement at the right moment“. Sowohl er als auch Massey betonten, daß dieser Schritt getan werden könnte, wenn die Briten stark genug seien, während Inskip ihn als unmöglich ablehnte, es sei denn, Hitler ändere seine Politik⁸¹.

Die offensichtliche Skepsis selbst von Inskip, der vorher einer der eifrigsten Befürworter von Konzessionen an die Diktatoren gewesen war, machte deutlich, 1. daß London – ob aus Sorge oder Zorn – zunehmend zu einer Bündnispolitik gegen Deutschland gezwungen wurde, 2. in welcher schwierigen Lage sich die Dominions befanden, da sie eine Politik öffentlich befürworten sollten, deren Hauptentscheidungen sie nicht mitbestimmen durften.

Die Zweifel, die man in den Ländern des Commonwealth hegte, traten zutage, als London bei den Regierungen der Dominions um öffentliche Zustimmung warb,

⁷⁷ 6. 4. 39, zit. in Hancock, S. 311.

⁷⁸ So Mansergh, a. a. O., S. 173.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Siehe Times, 15. 4. 39; Hancock, a. a. O., S. 316/7.

⁸¹ Aufz. vom 6. 4. 39, FO T 6046/436/384.

um der deutschen Propaganda entgegenzuwirken. Obwohl der britische Hochkommissar Ministerpräsident Mackenzie King mit größter Vorsicht nahelegte, eine entsprechende Erklärung abzugeben, weigerte sich dieser. Stattdessen verwies er auf „considerable opposition in Canada to the manner in which the United Kingdom appears to be becoming entangled with Balkan and East European countries and above all with Russia“. Auch lehnte er es ab, sich vor der Stellungnahme des Parlaments über die Haltung Kanadas zu äußern, wenn England jenen Ländern zu Hilfe käme und schließlich selbst angegriffen würde. Die gewünschte Erklärung „would give rise to a debate in which opinions would be expressed which would afford real ammunition to German propagandists. It would also split the country ...“ Seine eigenen Anstrengungen müßten sich vielmehr auf die Sicherung der Einheit richten für den Zeitpunkt, wo eine Entscheidung notwendig sei⁸².

Auch Hertzog bemühte sich nicht, die Mißbilligung der britischen Ostpolitik von seiten seines Kabinetts zu verheimlichen. Sie werde als Versuch angesehen, Deutschland von einer wirtschaftlichen Expansion im Osten abzuhalten⁸³. Überraschender war die Weigerung des neuseeländischen Premierministers, der britischen Politik zuzustimmen. Das hatte jedoch einen speziellen Grund, nämlich die kurz vorher gemachte Ankündigung Chamberlains, er werde die Wehrpflicht einführen. Wichtiger als die Fragen der Ostpolitik schien es dem neuseeländischen Premier zu sein, öffentlich die Solidarität mit der Labour-Opposition in England zu demonstrieren, die diese Maßnahme offen abgelehnt hatte⁸⁴. Während des Sommers wurde es immer klarer, 1. daß die Dominions und London weniger über die Notwendigkeit einer Politik des Widerstandes gegen Deutschland unterschiedlicher Meinung waren, als vielmehr über die Frage, mit welchem Nachdruck diese Politik betrieben werden sollte; 2. daß ihre Meinungsverschiedenheit letztlich auf der Furcht der Dominions beruhte, ein Krieg könne unvermeidlich werden; am meisten erschreckte sie eben die Aussicht, daß Danzig – fern und deutsch, wie es war – zur Ursache eines bewaffneten Konflikts werden könnte.

Das deutlichste Plädoyer für eine Abtretung der Freien Stadt und des nördlichen Korridors an das Reich kam von dem südafrikanischen Gesandten in Berlin, Dr. S. F. N. Gie, der behauptete, Danzigs Rückkehr sei nicht nur unvermeidlich, sondern auch „just and right“. Ohne den damit für Polen verknüpften Gefahren oder den bedenklichen Methoden der deutschen Propaganda Beachtung zu schenken, vertrat Gie die Meinung, das deutsche Volk werde es nie zulassen, daß Hitler diesen Anspruch aufgebe. Gie glaubte, die eigentliche Gefahr liege nicht in Hitlers Ungeduld, sondern in der Bereitschaft der Polen, wegen Danzig einen Krieg auszulösen⁸⁵. Halifax, der soeben erst ein Memorandum des Kabinetts über die Komplexität der Danziger Frage hatte zirkulieren lassen, meinte hierzu, Gie sollte lieber etwas Geschichte lernen. Obwohl der Minister den Eindruck zu vermeiden suchte, er wolle

⁸² HC/Ottawa – D. O., CP 123 (39).

⁸³ Aide-mémoire von Te Water, 19. 5. 39, CP 123 (39).

⁸⁴ HC/Wellington – D. O., 29. 4. 39, FO C 6364/15/18.

⁸⁵ Gie – Te Water, 3. 5. 39, FO C 7105/54/18.

die britischen Ansichten über Hitlers Expansionsbestrebungen Pretoria aufzwingen, riet er doch, den Botschafter der Union auf den verwickelten Hintergrund des polnischen Problems aufmerksam zu machen⁸⁶.

Wenngleich die Vertreter der übrigen Dominions ihre Sympathien für Deutschland nicht so offen aussprachen, wie Gie es tat, waren sie doch über die britische Unfähigkeit enttäuscht, die Polen zu Konzessionen zu bewegen. Der irische Premierminister De Valera erklärte es für unmöglich, das einfache Volk davon zu überzeugen, daß wegen Danzig Krieg geführt werden müsse. In Irland wurden koloniale Zugeständnisse der Briten als Mittel zur Lösung der internationalen Spannungen angesehen⁸⁷. Teilweise mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung hielt Chamberlain es für unklug, die feste Haltung gegenüber Deutschland aufzugeben. Als Inskip, der den Wünschen der Hochkommissare nach einer größeren Mäßigung nicht ganz ablehnend gegenüberstand, den zaghaften Vorschlag machte, London solle seinerseits eine Annäherung an Berlin versuchen, da Hitler sich eine Initiative nicht erlauben könne, wies der Premierminister diesen Vorschlag als „premature“ zurück⁸⁸.

Die Hochkommissare blieben auch unbefriedigt, als Lord Halifax in seiner bekannten Chatham-House-Rede vom 28. Juni 1939 „the twin foundations of purpose“ betonte, die der britischen Politik zugrunde lägen, nämlich „the determination to resist force“ und „the constructive work of building peace“⁸⁹. Und obwohl in dieser gemäßigten Sprache Rücksicht auf die Dominions zum Ausdruck kam⁹⁰, erwies sich bei einem Treffen, das kurz darauf stattfand, daß immer noch große Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, welcher Aspekt stärker betont werden sollte. Wollte Halifax eine „silence menacant“ unbedingt einhalten, so unterstrichen Bruce (Australien) und Te Water (Südafrika), wie wichtig es wäre, größere Bereitschaft zu einem Kompromiß zu zeigen! Genau wie 1938 wollten sie London veranlassen, einen Ausweg aus der Sackgasse in der Danzig-Krise zu suchen. Lord Halifax wiederum hoffte weiterhin auf direkte deutsch-polnische Verhandlungen⁹¹.

Zu ihrer Enttäuschung mußten die Hochkommissare ansonsten feststellen, daß die britische Regierung keine bestimmten Vorschläge für eine Regelung parat hatte. Auf die Anfrage von Bruce, ob London nicht eine Abtretung Danzigs an Deutschland mit internationalen Garantien für eine Demilitarisierung der Stadt für vernünftig hielt, erwiderte Inskip ohne Umschweife, „that this would be a possible settlement with any country not having Germany's record, but that therein lay the difficulty“. Halifax gab nur die unverbindliche Erklärung ab, daß „it might be possible in a calmer atmosphere to consider some ingenious plan that Danzig should be a free city within the German Reich ... with a special status which would preserve Polish customs rights and provide for non-fortification under international guaran-

⁸⁶ Aufz. von Halifax, 7. 5. 39, ebenda. Siehe auch Memorandum des Kabinetts, 5. 5. 39, CP 106 (39).

⁸⁷ Memo von P. Liesching, 5. 7. 39, FO W 10518/10518/68.

⁸⁸ CAB 30 (39), 24. 5. 39.

⁸⁹ The Earl of Halifax, *Speeches on Foreign Policy*, London 1940, S. 296 f.

⁹⁰ Siehe CAB 30 (39), 24. 5. 39.

⁹¹ Aufz. vom 11. 7. 39, FO C 10105/15/18.

tee“⁹². Hiermit gaben sich die Hochkommissare aber nicht zufrieden. Wiederholt deuteten sie an, die britische Regierung solle sich nicht darauf beschränken abzuwarten, bis sich die Lage von selbst bessere. Te Water stellte die Frage, wie Hitler jene „silence menacant“ auslegen werde und ob es klug sei, keinen Beweis von „elasticity“ in den Ansichten der Briten im Hinblick auf die Zukunft zu geben. Halifax glaubte jedoch nicht, daß Hitler wegen Danzig einen Krieg riskieren würde, „since there were too many things on the other side“⁹².

Besonders verärgerte die Haltung der französischen Regierung die Hochkommissare. Sie waren davon überzeugt, daß Mussolini einen mäßigenden Einfluß auf Berlin ausüben würde, wenn Daladier sich zu einem Kompromiß in den Streitfragen entschloß, die die italienisch-französischen Beziehungen seit Ende 1938 belasteten⁹³. Bruce betonte, daß seine Regierung die französische Haltung aufs entschiedenste mißbillige, während Te Water die Ansicht vertrat, „that it was anomalous that French action in connection with Abyssinia, contrary to our interests, should now have led to a position where we have to support the French Government against the Italian Government“⁹⁴.

Hatte Halifax bei anderer Gelegenheit den Ärger über Daladiers Weigerung, mit Mussolini in Verbindung zu treten, geteilt⁹⁵, so wollte er doch nicht über seine ursprüngliche Absicht hinausgehen, nämlich der Pariser Regierung vorzuschlagen, mit dem italienischen Diktator zu sprechen. Er hielt diesen Schritt für notwendig, um die Verzögerung in den Vertragsverhandlungen mit der Sowjetunion wettzumachen. Er war jedoch keineswegs der Ansicht des irischen Hochkommissars Dulanty, daß die Italiener eine gute Sache verträten. In Anbetracht der italienischen Kampagne wegen Nizza und anderer Forderungen hatte er eher für die französische Hartnäckigkeit Verständnis⁹⁶. Jedenfalls war es für Halifax wichtiger, bei den Franzosen nicht den Eindruck entstehen zu lassen, sie müßten Englands Schlachten schlagen. Auch fürchtete er, Annäherungsversuche an Rom könnten ebenso wie im September 1938 als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden. Bruce und Te Water verhehlten demgegenüber nicht ihr Unbehagen „at no action being taken to arrest what they thought a drift to war“. Halifax glaubte jedoch, daß in Berlin und Warschau Entwicklungen vor sich gingen, die Gespräche möglich machen würden. Er blieb daher fest und vertrat die Meinung, Hitler werde versuchen, einen Ausweg zu finden, wenn er erst überzeugt sei, daß ein Krieg nichts einbringe: dann würde London alles tun, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen⁹⁷.

⁹² Ebenda.

⁹³ Siehe Ferdinand Siebert, *Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt 1962, S. 91 ff.

⁹⁴ Aufz. vom 11. 7. 39, FO C 10105/15/18.

⁹⁵ Siehe CAB 38 (39), 19. 7. 39; auch Doherty, S. 222.

⁹⁶ Aufz. vom 11. 7. 39, FO C 10105/15/18.

⁹⁷ Memo von Halifax, 28. 7. 39, FO C 10806/15/18.

IV

Die schlimmste Entwicklung in den Augen der meisten Hochkommissare aber war die zunehmende Neigung Londons zu Absprachen mit Sowjetrußland. Einen Einfluß hierauf konnten sie aber nur ausüben, wenn es im Kabinett eine eindeutige Meinungsverschiedenheit gab. Dies war nach der Besetzung Böhmens der Fall gewesen. Bei dieser Gelegenheit war nämlich Mackenzie Kings entschiedene Abneigung gegen eine britisch-sowjetische Übereinkunft als Argument dafür verwendet worden, Polen als Hauptstütze der geplanten Abwehrfront vorzuziehen⁹⁸. Nachdem dann aber Warschau die Garantie erhalten hatte, hoffte Halifax die Sowjetunion durch eine Erklärung in das antideutsche Lager zu bringen, daß sie angegriffenen Staaten zu Hilfe kommen würde. Dies sollte Moskaus Neutralität bei einem Konflikt verhindern, andererseits die anti-russische Einstellung in den osteuropäischen Ländern, in den Dominions und auf seiten der britischen Rechten mildern. Zu den Hauptgegnern einer britisch-sowjetischen Verbindung gehörten General Hertzog und Mackenzie King – letzterer teilweise wegen der Haltung der kanadischen Katholiken und der Gefahr des Kommunismus in der Provinz Quebec⁹⁹. Aber auch die australische und, in geringerem Grade, die neuseeländische Regierung erhoben Einspruch gegen das geplante Abkommen, das Japan herausfordern müsse.

Als Stalin statt der vorgeschlagenen Erklärung am 27. April einen Drei-Mächte-Pakt anregte, war die Meinung innerhalb der britischen Regierung geteilt. Chamberlain und Halifax hielten an ihrer ursprünglichen Konzeption fest. Am 3. Mai bemerkte letzterer, er sei gegen einen Pakt, der Japan gänzlich auf die Seite Deutschlands treiben könnte. Auch machte er sich die von Inskip vorgetragene Einwände Ottawas und Pretorias zu eigen. Doch sowohl die französische Regierung als auch Mitglieder des Londoner Kabinetts einschließlich des Kriegsministers Hore-Belisha¹⁰⁰ widersetzten sich dem. Neuseeland sprach sich jetzt gleichfalls klar für einen Pakt mit Moskau aus¹⁰¹. Kurz darauf mußte Halifax zugeben, daß auch der australische Hochkommissar Bruce „[was] prepared to go to considerable lengths to secure Russian adherence“, obwohl er „considerable disinclination to reaching a close agreement with Russia“ zeige¹⁰².

Als man sich bei den Verhandlungen in Moskau festfahren hatte, weil Stalin auf einem Drei-Mächte-Pakt bestand, kam man überein, die Dominions über den Stand der Dinge zu informieren. Ihre Reaktion war sehr unterschiedlich. Während Menzies fürchtete, ein Rückzieher würde einen Konflikt eher fördern als verhindern, machte Hertzog am 19. Mai einen letzten Versuch, um eine Allianz mit der Sowjetunion zu vereiteln. Er behauptete, ein solcher Pakt würde eine friedliche Lösung unmöglich machen, da er von Deutschland interpretiert werde „as an

⁹⁸ CFP (56) 38, 27. 3. 59.

⁹⁹ HC/Ottawa – Harding, 7. 7. 59, FO C 10766/15/18; auch HC/Ottawa – D. O., 27. 4. 59, CP 123 (59).

¹⁰⁰ CAB 26 (59), 5. 5. 59.

¹⁰¹ Governor-General/Neuseeland – D. O., 12. 5. 59, CP 123 (59).

¹⁰² CFP (56) 47, 16. 5. 59.

attempt to cut her off from economic expansion eastwards“. Diese Entwicklung „[would] reduce her to a state of the greatest possible weakness in any future struggle with her declared enemy“¹⁰³. Dies war jedoch keineswegs die Meinung aller seiner Kollegen, wie Hertzog behauptete. So war Smuts, wenn auch mit Widerstreben, zu der Überzeugung gelangt, daß eine Übereinkunft mit Rußland das geringere von zwei Übeln wäre, da es militärisch zu einem Gleichstand führen und dieser wiederum einen Krieg verhindern würde¹⁰⁴.

Die wichtigste Frage aber war, inwieweit ein solcher Pakt die Commonwealth-Länder in ihrem Entschluß, England beizustehen, wankend machen könnte. Ein Regierungsmitglied, Morrison, vertrat die Ansicht, daß sie England wohl im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen oder Rumänien beistehen würden, nicht aber bei einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, es sei denn, andere Staaten wären beteiligt¹⁰⁵. Auch ein höherer Beamter des Foreign Office warnte vor einem Abkommen „with so insecure an ally as Soviet Russia at the expense of loosening essential imperial ties“¹⁰⁶. Cadogan versicherte, „this was very much in the P. M.'s mind“¹⁰⁷.

Trotz allem teilte Inskip am 24. Mai dem Kabinett mit, die Hochkommissare glaubten, ihre Regierungen würden einen Pakt mit Moskau einem Fehlschlag in den Verhandlungen vorziehen¹⁰⁸. Das war freilich keineswegs die Meinung Hertzogs. Ihm zufolge war Südafrika eindeutig gegen den Pakt, so daß London sich gegebenenfalls bei Kriegsausbruch der Gefahr einer südafrikanischen Neutralität aussetzen würde. Optimistischer beurteilte man Kanada, dessen öffentliche Meinung es veranlassen werde, ohne viel Zögern in den Krieg einzutreten. Die Haltung Australiens und Neuseelands schließlich sah man davon abhängen, ob London sein Versprechen erfülle, eine Flotte in den Pazifik zu schicken, falls Japan sich an dem Konflikt beteilige. Wenn London das nicht tue, würden beide Länder neutral bleiben oder höchstens „Pan-Pacific self-help only, under the aegis of America“, unternehmen. Eine schnelle Erklärung über die britische Einstellung wurde empfohlen und auch ein ernster Versuch, Amerika für eine eindeutige Politik im Pazifik zu gewinnen. Das wäre besser, als die USA in europäische Streitigkeiten hineinzuziehen¹⁰⁹.

Wenn auch in den folgenden Wochen wenig getan wurde, um die Amerikaner in Europa und Fernost miteinzubeziehen, weil man befürchtete, Roosevelt dadurch in seinem Kampf mit den isolationistischen Elementen zu kompromittieren¹¹⁰, so hatten die Dominions doch die Genugtuung zu wissen, daß London genau wie sie bestrebt war, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Japan zu ver-

¹⁰³ Aide-mémoire von Te Water, 19. 5. 39, CP 123 (59); Meuzies - D. O., 22. 5. 39, ebenda.

¹⁰⁴ Hancock, a. a. O., S. 311/2.

¹⁰⁵ CFP (36) 48, 19. 5. 39.

¹⁰⁶ Memo von Sir G. Mounsey, 23. 5. 39, FO C 7105/54/18.

¹⁰⁷ Anmerkung von Cadogan, ebenda.

¹⁰⁸ CAB 30 (39), 24. 5. 39.

¹⁰⁹ Memo von Hadow, 24. 5. 39, FO C 10767/15/18.

¹¹⁰ Siehe Doherty, a. a. O., S. 83.

meiden. Wie Chamberlain erklärte, zwang die Situation in Europa seine Regierung, sich mit Tokio zu arrangieren, damit keine größere Flotte in den Fernen Osten geschickt zu werden brauche. Inskip hielt es jedoch für nötig, seine Kollegen daran zu erinnern, daß Australien und Neuseeland im Kriegsfall bestürzt sein würden, wenn dies nicht geschähe¹¹¹. Die Frage stellte sich indessen nie ernsthaft, ob ein Pakt mit Rußland auf den Pazifik ausgedehnt werden sollte. Halifax' Meinung war: „... Russian help in the Far East might not be worth much, and he felt that such an extension of the treaty would do more in the direction of provoking Japan than of assisting us“¹¹².

Unter dem Druck Daladiers und der Befürworter einer Allianz mit Moskau im Kabinett wurden Chamberlain und sein Außenminister nun aber besorgt, daß die Verhandlungen zusammenbrechen könnten. Zwischen dem 19. und 24. Mai hatte besonders Halifax Bedenken, daß dies zu einem ‚rapprochement‘ zwischen Hitler und Stalin führen könne, was die Deutschen ermutigen würde, einen neuen militärischen Schlag zu führen¹¹³. Im Juni konnte überdies der britische Hochkommissar in Ottawa berichten, selbst Mackenzie King habe sich mit der Tatsache abgefunden, daß die Sowjetunion mit der ‚Friedensfront‘ verbunden werde. Sein Mißtrauen gegenüber dem Foreign Office und der entschlossenen Politik, die London nun zu verfolgen suchte, wurde dadurch freilich nicht beseitigt. Wie der Hochkommissar glaubte, war es auf seinen früheren Besuch bei Hitler sowie auf die Tatsache zurückzuführen und daß er „sentimental by nature“ sei. Diese Veranlagung mache ihn nämlich glauben, daß Hitler „could be won over by an appeal to his better nature“. Seiner Ansicht nach habe die britische Regierung eine gute Gelegenheit dazu nach München verpaßt. Die Enttäuschung war jedoch gegenseitig, so daß man es im Foreign Office für Zeitverschwendung hielt, dem kanadischen Premierminister, den man als einen „laissez-faire isolationist“ abtat, die britische Situation zu erklären¹¹⁴.

Tatsächlich konnte zu diesem Zeitpunkt die britische Regierung der Unterstützung der Dominions, mit der möglichen Ausnahme Südafrikas, sicher sein, wenngleich diese Unterstützung widerstrebend zugesagt wurde. Mackenzie Kings Zögern, die von London verfolgte Politik anzuerkennen, bewies, wie zutreffend die Meinung von Sir John Simon und Inskip war, daß, falls die Verhandlungen mit Moskau scheiterten, „it was most important ... that they should break on something which carried with it the sympathy of public opinion here [d. h. in England] and throughout the world“¹¹⁵.

Nichts konnte diesem Zweck besser dienen als das plötzliche Abkommen zwischen Berlin und Moskau von Ende August 1939 – der Hitler-Stalin-Pakt –, der hinter dem Rücken der britisch-französischen Delegation in Rußland getroffen wurde. Obwohl

¹¹¹ CFP (36) 53, 20. 6. 39.

¹¹² Aufz. über Treffen mit den Hochkommissaren, 11. 7. 39, FO C 10105/15/18.

¹¹³ Harvey Diaries, 20. 5. 39, S. 290; CAB 50 (39), 24. 5. 39.

¹¹⁴ Campbell an Harding, 7. 7. 39, FO C 10766/15/18.

¹¹⁵ CFP (36) 58, 19. 7. 39.

er die fast vollständige Isolation Polens bedeutete und die britische Vision eines erfolgreichen Zweifrontenkriegs zerstörte, führte er den Völkern des Commonwealth eindringlich vor Augen, wie gefährlich Deutschland geworden war.

Besonders auffallend war die Wirkung auf Regierungskreise in Ottawa. Die Zusammenarbeit mit dem Mutterland „which ... had in the past been at the best carefully pondered and at the worst flatly refused, now became the order of the day“¹¹⁶. Am 25. August wurde London unterrichtet, daß das kanadische Kabinett ohne Ausnahme dafür gestimmt habe, an einem etwaigen Krieg teilzunehmen. Vorausgesetzt wurde dabei freilich die Zustimmung des Parlaments. Auch hielt Mackenzie King es gleichzeitig für angebracht, die Unabhängigkeit seines Landes zu betonen, indem er klarstellte, „that Canada must be allowed to make her own choice as a nation and that it will cause [a] harmful impression if anything is said suggesting that she should come in automatically as though she were a colonial possession“¹¹⁷.

Das Verhalten Mackenzie Kings war typisch für die Reaktion in den Hauptstädten des Commonwealth, nachdem der erste Schock über den Hitler-Stalin-Pakt abgeklungen war. Es zeigte sich, daß Solidaritätserklärungen für England die britische Regierung auch zu verstärkten Bemühungen antreiben sollten, nicht nur Berlin, sondern auch Warschau zu einem Kompromiß zu bewegen. Nachdem Robert Menzies „[the] magnificent restraint“ der Briten gelobt hatte, sowie ihre Versuche, eine friedliche Lösung der europäischen Probleme zu finden, trat er für „a powerful and just settlement of differences“ ein und betonte, daß „notions of pride and dignity existing in various countries might have to be modified in the interests of the world at large“. Der Führer der australischen Opposition, Curtin, erklärte, daß sein Land nicht seine Leute zur Teilnahme an einem Krieg nach Europa schicken könne, und hob ferner hervor, daß das Vereinigte Königreich „must take account of the opinions of the Dominion Governments“¹¹⁸.

Die schwierigste Situation entstand in Südafrika, wo Hertzog sich sogar weigerte, das Kabinett einzuberufen, und Dr. Malan, der Führer der Nationalisten, Neutralität für sein Land forderte mit der Begründung, daß auch ein siegreiches Deutschland Südwestafrika in Ruhe lassen würde. Selbst Smuts mußte sich auf eine Erklärung beschränken, ein Krieg sei wahrscheinlich, und es sei für Südafrika notwendig, seine Interessen sorgfältig zu prüfen¹¹⁹.

Nach dem russischen Frontwechsel war die britische Regierung vor allem bemüht, ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, den Polen beizustehen. Auf diese Weise hoffte sie Hitler von einem Angriff abzuhalten¹²⁰. Obwohl „The Times“ zuversichtlich erklärte, die Dominions seien entschlossen, den Briten beizustehen¹²¹, offenbarten Kommentare von Commonwealth-Sprechern, daß dies nicht ohne Be-

¹¹⁶ HC/Ottawa – Eden, 20. 9. 39, FO W 14835/10478/68.

¹¹⁷ HC/Ottawa – D. O., 25. 8. 39, FO W 12646/10478/68.

¹¹⁸ Times, 24. 8. 39, 25. 8. 39.

¹¹⁹ Hancock, a. a. O., S. 318; Times, 24. 8. 39.

¹²⁰ Doherty, a. a. O., S. 256ff.

¹²¹ 25. 8. 39.

dingungen geschehen würde. Es zeigte sich, daß die Vertreter der Dominions zum großen Teil immer noch so dachten wie in der Sudetenkrise und daß sie glaubten, britische Großzügigkeit würde Hitler aus einer schwierigen Lage befreien können.

Ihre Haltung brachten die Hochkommissare am 23. August unmißverständlich zum Ausdruck, indem Bruce und Dulanty erklärten, sie seien besorgt, daß die britische Beistandserklärung für Polen und die Unnachgiebigkeit des polnischen Außenministers, Oberst Beck, Hitler einen Rückzieher unmöglich machen würden¹²². Einen Tag darauf meinte Te Water, London sei im Begriff, allzu kompromißlos zu werden. Er bat Halifax daher um „some broad explicit statement of the general aims of the peace front“, und schlug eine Erklärung dieser Mächte darüber vor „how far they were prepared to discuss at the conference table all outstanding European problems, such as economic raw material and colonial questions with regard to Germany, Italian colonial claims and German-Polish questions“¹²³.

Auf der anderen Seite konnte Halifax weder seine Erbitterung über die Exzesse Berlins mehr verhehlen noch seine Überzeugung verheimlichen, daß die Kluft zwischen London und dem Nazi-Regime unüberbrückbar geworden sei. Er wies darauf hin, wie oft London seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen gezeigt habe. „The real trouble was, he was convinced, that Hitler's whole outlook on international affairs and his philosophy was so fundamentally different from ours that it was difficult to talk a common language with him. He thought that Hitler seemed to look on expansion as a right of the virile German race, and in terms of actual physical expansion and opportunities for settlement at the expense of his weaker neighbours. He was satisfied that Hitler was under no misapprehensions as to our willingness to discuss questions, if he were himself willing to do so.“¹²⁴

Te Water seinerseits meinte besorgt, die Engländer hätten ihre Bereitschaft, die Probleme zu diskutieren, so oft dargelegt, daß diese Beteuerungen als „empty formulae“ betrachtet würden. Um diesen Eindruck zu verwischen, sei es nötig „[to make] a big and striking gesture to public opinion in all countries, including Germany, and to posterity ... on broad moral grounds“. Er schlug daher vor, Roosevelt möge bei allen Nationen anfragen, wie sie über eine allgemeine Konferenz dächten. Um Te Water zu unterstützen, fügte Bruce hinzu, Halifax' Ansicht sei überholt, daß es besser sei abzuwarten, bis die Friedensfront „[was] in a position of real strength. Unfortunately as a result of the Russo-German agreement we were not now in such a position.“¹²⁵

Wurde nun Chamberlains unzweideutige Mitteilung vom 22. August an den „Führer“, daß die Briten sich durch das Hitler-Stalin-Abkommen keinesfalls einschüchtern ließen, von den Hochkommissaren als zu steif bezeichnet¹²⁶, so legten sie Hitlers Bemerkungen gegenüber Sir Neville Henderson so aus, als enthielten

¹²² Inskip Diaries, 23. 8. 59.

¹²³ Aufzeichnung über Treffen mit den Hochkommissaren, 24. 8. 39, FO W 12807/9831/68.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ DBFP 3/VII/207, S. 170/3.

sie ermutigende Anzeichen von Kompromißbereitschaft¹²⁷. So drängten sie, als sie sich zwei Tage später wieder trafen, den Außenminister zu weiterem Entgegenkommen. Eingangs betonte Bruce, daß seine Regierung eine großzügige Antwort an Hitler erwarte („in a very big way“), worin nicht nur die polnische Frage, sondern alle Probleme zur Sprache kommen müßten. Er betrachtete es als „very important that we should induce the Poles, who had undoubtedly been guilty of maltreatment of the German minority as probably the Germans had of the Polish minority, to adopt a reasonable attitude“¹²⁸.

Die Tatsache, daß Hitler nicht auf der Kündigung eines Garantieverprechens an Polen bestanden hatte, wurde von Massey als hoffnungsvolles Zeichen gewertet¹²⁹. Diese günstigen Interpretationen der Äußerungen Hitlers machten indessen auf Lord Halifax wenig Eindruck. Im Grunde teilte er die Hoffnungen seiner Gesprächspartner ebenso wenig wie vorher, sondern betrachtete Hitlers Angebot, das eine Garantie für das britische Weltreich einschloß, eher als „the old technique and an attempt to divide us from Poland“¹³⁰. Nur Jordan von Neuseeland schien seine Skepsis zu teilen. „Was it“, so fragte er, „Germany’s view that if Poland would not give Germany everything Germany wanted, that was being unreasonable?“ Wenngleich er damit einverstanden war, daß London Hitlers Wort großzügig auslegen sollte, hoffte er doch, „that Germany too will not be unreasonable“¹³¹.

Auch der Premierminister von Australien war offensichtlich der Meinung, daß die Briten nicht genügend taten, um dem „Führer“ in seiner mißlichen Lage zu helfen. Am 27. August intervenierte Menzies mit einem langen telegrafischen Appell an Chamberlain, in dem er betonte, daß „[he had been] much struck by what appears to be a real advance“ in Hitlers letzter Erklärung an Henderson vom 25. August im Gegensatz zu dem trotzigem Ton seiner offiziellen Antwort an Chamberlain zwei Tage zuvor. Er legte London nahe, keine Gelegenheit zu versäumen, um Berlin den britischen Wunsch nach Frieden zu unterbreiten und verlangte „a clear statement by Hitler of his aims and desires“, Obwohl Menzies sich gegen eine Übereinkunft aussprach, die Polen in späteren Verhandlungen zum Nachteil gereichen konnte, bat er Chamberlain dringend, Hitler zu zeigen, daß er ihn ernst nahm. Außerdem schlug er vor, diesen nach London oder einem neutralen Ort einzuladen. So könnte das europäische Klima normalisiert werden und Hitler „could demonstrate the reality of his own peaceful desires“. Zugleich bestätigte er allerdings auch die Zusage der Hilfe Australiens, gleich wie die britische Entscheidung auch ausfallen möge¹³².

Die Vorschläge Menzies’ wurden im Kabinett nicht einmal diskutiert. Ein wei-

¹²⁷ DBFP 3/VII/283, S. 227.

¹²⁸ Aufz. über Treffen vom 26. 8. 39, FO W 12807/9851/68.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ Inskip Diaries, 26. 8. 39.

¹³¹ 26. 8. 39, FO W 12807/9851/68.

¹³² Inskip Diaries, 27. 8. 39; Menzies – Chamberlain, 27. 8. 39, CP 183 (39).

terer Antrag des kanadischen Premierministers, der britische Monarch möge einen Appell an den Führer richten, wurde abgelehnt¹³³. Empfehlungen solcher Art machten so gut wie keinen Eindruck in London, da sowohl das Kabinett als auch das Foreign Office nunmehr überzeugt waren, daß allein die Festigkeit ihrer Haltung Hitler schwankend gemacht habe¹³⁴. Deshalb wurde noch einmal die britische Entschlossenheit, den Polen beizustehen, betont. Obwohl man sich eine Tür für Verhandlungen offengehalten hatte, wie Inskip Te Water und seinen Kollegen mitteilte¹³⁵, wollte man bei den Deutschen nicht die Illusion aufkommen lassen, sie könnten zwischen London und Warschau einen Keil treiben¹³⁶.

Als Hitler die bekannte Forderung stellte, daß ein bevollmächtigter polnischer Unterhändler sofort nach Berlin geschickt werden solle, wurde sie von Chamberlain und dem Kabinett sofort als unvernünftig zurückgewiesen. Die Hochkommissare fanden diese britische Antwort „cold and at one point abrupt“. Halifax war zunächst geneigt, ihnen nachzugeben, blieb dann aber bei seinem ursprünglichen Plan einer „firm and even sharp“-Antwort, die Hitlers Forderung nach einem polnischen Bevollmächtigten ablehnte. Er schlug zugleich die Unterlassung von Truppenbewegungen vor, bis es tatsächlich zu Verhandlungen komme¹³⁷. Der Zorn der Commonwealth-Vertreter richtete sich nun ganz klar gegen die Polen und besonders gegen ihren Botschafter in Berlin, der ihrer Meinung nach Ribbentrop aufsuchen sollte. Auch Inskip betrachtete Lipski als „a menace“, war jedoch gegen „pressure on Poland to go into a conference blind“. Die Hochkommissare hatten daher auch keinen Erfolg mit ihrem Versuch, die Polen durch britische Einflußnahme zur Entsendung eines Unterhändlers zu Hitler zu bewegen¹³⁸.

Die Gewißheit, daß die Dominions England schließlich doch beistehen würden, hatte es der britischen Regierung leichter gemacht, die fortwährenden Appelle zur Mäßigung zu ignorieren. Inskip legte dem Kabinett die Ansicht Smuts dar, daß General Hertzog das Parlament einberufen müsse, „in which case he [General Smuts] would press for a definite decision between belligerency or neutrality and hoped to be able to carry his colleagues with him in deciding for belligerency“¹³⁹. In Kanada war die Öffentlichkeit weit davon entfernt, Mackenzie Kings Vorsicht gutzuheißen und trat deutlich für Widerstand gegen die deutschen Einschüchterungstendenzen ein¹⁴⁰. Da der Schriftverkehr zwischen Berlin und London nicht veröffentlicht worden war, hatte die Befürchtung um sich gegriffen, Chamberlain würde Hitler wiederum nachgeben. Dem britischen Hochkommissar zufolge war in Kanada „an urge now to fight, because they regard it as almost certain that any

¹³³ King – Chamberlain, 26. 8. 39, Eayrs, a. a. O., S. 80; CAB 43 (39).

¹³⁴ Harvey Diaries, 27. 8. 39, S. 308.

¹³⁵ 26. 8. 39, FO W 12807/9831/68.

¹³⁶ Siehe Halifax an Ogilvie-Forbes, 28. 8. 39, DBFP 3/VII/426, S. 330/2.

¹³⁷ Inskip Diaries, 30. 8. 39; auch CAB 46 (39); Halifax – Henderson, 30. 8. 39, DBFP 3/VII/543, 547, S. 415/4, 417.

¹³⁸ Inskip Diaries, 31. 8. 39.

¹³⁹ CAB 43 (39).

¹⁴⁰ Siehe HC/Ottawa – D. O., 28. 8. 39, FO W 12790/10478/68.

settlement with a man like Hitler will be temporary and that war had better come now because, if it comes next spring or next autumn, the present keenness may have passed ...¹⁴¹.

Während der ganzen Krise hatte das britische Kabinett den Standpunkt der Commonwealth-Länder zur Kenntnis genommen, ohne sich dadurch sehr beeinflussen zu lassen. Sicherlich waren Halifax und Inskip klug, wenn sie stets ihre Bereitschaft zeigten, sich die Kritik der Hochkommissare anzuhören. So konnte Menzies trotz seines vergeblichen Appells an Chamberlain vor der Öffentlichkeit den Eindruck verwischen, daß die Ansichten des Commonwealth außer acht gelassen wurden. Am 30. August sprach er sich anerkennend darüber aus, daß London „had given Australia every opportunity to express her opinions and to give advice on matters arising out of the German note ...“¹⁴².

Bemerkenswert ist, daß die britische Regierung sich sogar noch darum bemühte, die Dominions von Londons Geduld und der gerechten Sache der Alliierten zu überzeugen, als die Deutschen bereits in Polen eingefallen waren. So wurden die Regierungen der Dominions davon informiert, daß England den Appell Präsident Roosevelts respektieren würde, keine zivilen Ziele zu bombardieren¹⁴³. Am 2. September wurde ihnen mitgeteilt, daß Henderson zu jeder beliebigen Zeit zu Ribbentrops Verfügung stehe, sobald Hitler die britische Forderung nach Rückzug aus Polen beantwortet haben würde¹⁴⁴. Am gleichen Tage wurden sie über Verhandlungen unterrichtet, die angeblich zwischen einer sowjetischen Militärmission und Berlin stattfänden¹⁴⁵. Von besonderer Bedeutung für Neuseeland und Australien war die Nachricht, daß der britischen Regierung die Neutralität Italiens wahrscheinlich erschien und daß provokative Maßnahmen unterlassen werden sollten¹⁴⁶.

Es war aber gar nicht mehr nötig, die Dominions in dieser Weise zu beeinflussen. Nachdem England am 3. September Deutschland den Krieg erklärt hatte, folgten Australien und Neuseeland fast sofort. Immerhin konnte der Nationalstolz der Commonwealth-Länder noch ein Hindernis bilden. So wurde Menzies wegen seiner Worte am 3. September, „Great Britain has declared war ... and as a result Australia is at war“, später angeklagt, er habe „Australia's independent status as a nation“ aufgegeben. Er sah sich auch schwerer Kritik ausgesetzt, weil er das Parlament nicht einberufen hatte, bevor er die Kriegserklärung abgab¹⁴⁷. Eine ähnliche Einstellung machte sich in Kanada bemerkbar, wo O. D. Skelton, der Leiter des Außenministeriums, an sich der Neutralität noch den Vorzug gab¹⁴⁸. Am 1. Sep-

¹⁴¹ Campbell – Harding, 30. 8. 39, FO W 13608/10478/68.

¹⁴² Times, 31. 8. 39.

¹⁴³ D. O. – Regierungen von Australien, Canada, Neuseeland, S. A., Eire, Südrhodesien, 1. 9. 39, FO W 13114/9831/68.

¹⁴⁴ FO W 13114/9831/68.

¹⁴⁵ FO W 13114/9831/68.

¹⁴⁶ FO W 12824/9831/68, 30. 8. 39.

¹⁴⁷ Robert Gordon Menzies, *Afternoon Light, Some Memories of Men and Events*, London 1967, S. 16.

¹⁴⁸ Eayrs, a. a. O., S. 72.

tember teilte Mackenzie King London mit, daß er völlige Unterstützung für England empfehlen werde¹⁴⁹. Obwohl die öffentliche Meinung ihm keine andere Wahl ließ¹⁵⁰, verbot ihm, wie er selbst berichtete, die Haltung einiger Regierungsmitglieder, doch irgendeine Erklärung über Kanadas Haltung abzugeben, bis England selbst den Krieg erklärt hatte¹⁵¹. Um seine nationale Unabhängigkeit zu beweisen, erklärte in der Tat Kanada erst drei Tage nach dem Mutterland Deutschland den Krieg¹⁵². In Südafrika blieb die Frage der Teilnahme noch länger offen. Erst nach einer dramatischen Auseinandersetzung mit Hertzog konnte Smuts das Parlament – mit einer Stimmenmehrheit von 13 – für den Kriegseintritt gewinnen¹⁵³.

Von den Commonwealth-Ländern blieb nur die neue Republik Eire neutral. Dulantys Voraussage, daß deutsche Angriffe auf irische Schiffe sein Land innerhalb einer Woche zum Krieg zwingen würden, bestätigte sich nicht¹⁵⁴. Fast zwei Monate später stellte ein Bericht des britischen Informationsministeriums fest, daß etwa acht von zehn Iren für Neutralität einträten. Sie seien „mildly sympathetic to the allied cause, partly for economic reasons, partly out of sympathy for Catholic [partitioned] Poland, and partly and most important, out of loathing for German and Russian Atheism“. Andererseits war dem Bericht zufolge die relativ geringe Sympathie für die Sache der Alliierten „analogous to the preference felt by most Englishmen for China as against Japan. Such as it is, it would vanish overnight if either Germany or England deliberately violated Irish neutrality.“¹⁵⁵ Angesichts der ungeschickten Politik, die England jahrhundertlang in Irland betrieben hatte, kann diese Haltung kaum überraschen. Gleichwohl war für Winston Churchill der Gedanke unerträglich, daß die Atlantikhäfen der britischen Kontrolle entzogen wären. Sein Vorschlag, sie einzunehmen und Eire aus dem Empire auszustoßen, erschien jedoch Halifax und Eden (der jetzt der Regierung angehörte) glücklicherweise zu drastisch, und sie zogen die irische Neutralität einem neuen Bürgerkrieg vor¹⁵⁶.

Da die USA immer noch zögerten, ihre Isolation aufzugeben, und die Annäherung zwischen Japan und den Achsenmächten immer bedrohlicher erschien, sahen die meisten Commonwealth-Völker durch Hitlers Ambitionen in Europa ihre eigene Sicherheit gefährdet. Wenn man bedenkt, wie lange selbst die britische Regierung und das englische Volk auf einen Kompromiß mit den Diktatoren gehofft hatten, so ist es leicht verständlich, daß die Dominions noch mehr Zeit brauchten, um zu erkennen, daß die Ereignisse in Osteuropa nicht nur örtliche, sondern internationale Bedeutung hatten. Für Beobachter wie den Herausgeber der „Times“, Geoffrey Dawson, für den die Erhaltung des Empire im Vordergrund stand, schien die

¹⁴⁹ HC/Ottawa – D. O., 1. 9. 39, FO W 15084/10478/68.

¹⁵⁰ Siehe HC/Ottawa – Eden, 20. 9. 39, FO W 14835/10478/68.

¹⁵¹ Lord Maugham, 1. 9. 39, CAB 47 (39).

¹⁵² Siehe Massey, a. a. O., S. 278.

¹⁵³ Hancock, a. a. O., S. 319/23.

¹⁵⁴ CAB 47 (39).

¹⁵⁵ Memo von Frank Pakenham, 23. 10. 39, FO W 16515/10518/68.

¹⁵⁶ Siehe Harvey Diaries, 30. 10. 39, S. 326.

mangelnde Übereinstimmung zwischen den Commonwealth-Regierungen und London eine Krise heraufzubeschwören, die den Zerfall des Empires bedeuten könnte¹⁵⁷. Zweifellos wurde die Entscheidung der Commonwealth-Völker, sich in einen zweiten Konflikt mit Deutschland einzulassen, dadurch erleichtert, daß Chamberlain immer noch an der Macht war und für die Wiederherstellung des Friedens arbeitete.

Wenn man auf den begrenzten Zeitraum der Jahre 1938/39 blickt, so kommt man weniger zu dem Ergebnis, daß die Dominions die britische Politik beeinflusst haben, als daß England immer noch einen starken Einfluß auf die weit entfernten Commonwealth-Länder auszuüben vermochte. Betrachtet man hingegen einen längeren Zeitraum, nämlich die Entwicklung, die zum Streit von Westminster im Jahre 1931 und zur Anerkennung der Dominions als völlig autonome Staaten führte, so gewinnen wir einen anderen Eindruck. In dieser Perspektive erscheint der Eifer, mit dem die Regierungen gegenüber der Politik Londons im Jahre 1939 fast bis zum letzten Augenblick ihre Vorbehalte machten, als ein weiterer bedeutender Schritt zur Erreichung jener unabhängigen Position in der Außenpolitik, wie sie die größeren Dominions erlangt hatten. Ihre Politik wurde jetzt weniger von der Loyalität gegenüber dem Mutterland als Mittelpunkt des Empires bestimmt, als vielmehr von den eigenen regionalen Interessen. Diese Entwicklung setzte sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg stetig fort.

¹⁵⁷ Siehe Evelyn Wrench, *Geoffrey Dawson and our Times*, London 1955, S. 369.